

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nummer 5/6

Mai / Juni 1992

5 Schilling

„Alte Kameraden“: Obszönität angesichts Millionen Todesopfer

Junge Menschen mögen sich wundern, warum alte Herren, fast fünfzig Jahre nach der großen Kriegskatastrophe, die sie mit Glück überlebt haben, immer noch von ihrem Soldatentum schwärmen. Freilich gibt es auch jüngere und junge Männer, die bei kriegerischen Erinnerungsfeiern die Schwarmlinien der übriggebliebenen alten Krieger verstärken. Welches Andenken wird da gemeinsam hochgehalten? Die immer wieder beschworene Kameradschaft? Dieses sich zum Zweck des Überlebens aufeinander Abstützen hat Josef Hindels einmal treffend die „Solidarität der Todgeweihten“ genannt. Ihr sollte angesichts des Umstandes, daß es immerhin ein Leben vor dem Tod gibt, nicht allzuviel Reiz abzugewinnen sein.

Anders ist es freilich mit dem Kriegserlebnis als dominantem Ereignis in einem sonst höhepunktlosen, eher frustrierenden Lebenslauf: Man war vor dem Krieg ein Niemand und danach – nach der Niederlage – stand man vor dem Nichts, aus dem man sich mühsam herausarbeiten mußte, ohne daß man je wieder jene individuelle Funktion zu erreichen imstande war, die man als Krieger ausgefüllt hatte. Vorher und danach wars nichts Besonderes, aber mittendrin, da war man „Herrgott in Frankreich“ oder sonstwo. Es war leicht, sich als Übermensch zu fühlen, selbst wenn mit einem herumgeschafft wurde, wenn man auf „Untermenschen“ losgelassen war. Innerhalb gewisser Grenzen sich als Herr über Leben und Tod fühlen zu können, das ist ein Gefühl, das man als Normalbürger eben nur in der Ausnahme-situation des Kriegsgeschehens konsumieren kann. Daß aus solchem zeitweiligen Selbstverständnis auch Schuldgefühle wachsen, das kompensiert man.

Man sieht sich rückschauend als „schneidigen Hund“, man war ein „altes Frontschwein“, um es mit den Worten eines Landtagspräsidenten auszudrücken. Und unter solchen selbsternannten Hunden und Schweinen gilt auch noch nach mehr als vierzigjährigem Zivilistendasein das „Soldatenwort“ – was immer man darunter verstehen will. Tiefenpsychologen dürften angesichts der Verwendung negativ be-

setzter Tiernamen mit Schimpfwortcharakter zum Selbstlobgebrauch bedenklich den Kopf schütteln. Aber was Juden vom Schlage des Sigmund Freud wissenschaftlich in die Welt gesetzt haben, das ficht einen alten deutschen Krieger nicht an, besonders wenn er der Waffen-SS angehört hat.

Der damalige Präsidentschaftskandidat Klestil hat in seiner allerletzten Wahl-

rede am Stephansplatz in Wien den ihm soufflierten Wunsch geäußert, man möge „endlich damit aufhören, die alten Soldaten zu verteufeln“. Es ist ihm offenbar entgangen, daß manche von den unentwegten Altkriegern das selber zuwege bringen. Wer sich heute noch zur Waffen-SS bekennt, der bekennt sich zur freiwilligen Elitetruppe des Hitlerismus, die auch umfänglich am Völkermord beteiligt war. Und diejenigen, die zum Kriegsende zu dieser Truppe zwangsrekrutiert worden sind, sollten wohl überhaupt keinen Grund haben, sich mit ihr zu identifizieren.

Bleibt noch die distanzierende Verallgemeinerung: Man hat ja letztlich seine Heimat verteidigt. Nun, diesbezüglich ist daran zu erinnern, daß man in der Uniform der Hitler-Armee zunächst einmal gar nichts verteidigt, sondern an Angriffshandlungen teilgenommen hat –

(Fortsetzung auf Seite 2)



Krematorium in der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Melk
(Foto: Peter Rabl, Pöchlarn)

„Kameradschaft IV“, Honsik, Schwammberger

Die Übernahme des Ehrenschutzes über eine Feier des Kameradschaftsverbandes ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger durch steirische Spitzenpolitiker hat Anfang Mai nach kurzer Nachdenkpause zu berechtigter Empörung geführt. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer berührte es besonders unangenehm, daß auch der steirische SPÖ-Vorsitzende und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Schachner-Blazizek unter den „Ehrenschützern“ war, obwohl einschlägige Beschlüsse von Bundesparteitagen der SPÖ eine solche Vorgangsweise verurteilen.

Daß sich Schachner-Blazizek unter dem Druck der öffentlichen Meinung und innerparteilicher Kritik schließlich doch dazu entschloß, den Ehrenschutz zurückzulegen, unterscheidet ihn von seinen Kollegen von der ÖVP, vor allem von Landtagspräsident Wegart, der sich selbst als „altes Frontschwein“ bezeichnete und die Waffen-SS an der Ostfront als „schneidige Hunde“ erlebt haben will. Trotzdem bleibt ein schlechtes Gefühl bei dem Gedanken zurück, daß Genosse Schachner offenbar schlecht beraten war, als er im Gleichklang mit ÖVP-Landeshauptmann Krainer und ÖVP-Landtagspräsident Wegart den Ehrenschutz über eine Veranstaltung der „Kameradschaft IV“ übernommen hat, bei der ein ehemaliger Generalmajor Silvester Stadler sprechen sollte, der nach Angaben des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes ein hoher und hochdekoriertes SS-Mann war und dem sogar Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden könnten.

„Gaskammern und Massenvernichtung“

Die Affäre fand im Ausland umso mehr Aufmerksamkeit, als zur gleichen Zeit

der Honsik-Prozeß in die Endphase ging. Der sattsam bekannte Gerd Honsik, Autor des Pamphlets „Freispruch für Hitler?“, wurde in allen 14 Anklagepunkten einstimmig von den Geschworenen schuldig gesprochen und zu einer unbedingten Strafe von einem Jahr, sechs Monaten und zehn Tagen verurteilt. Honsiks Anwalt, der sich bei einer Reihe von Neonaziprozessen einen einschlägigen Namen gemacht hat, Dr. Herbert Schaller, meldete gegen das Urteil volle Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde an.

Im Mittelpunkt des Prozesses gegen Gerd Honsik stand das Gutachten von Univ.-Prof. Dr. Gerhard Jagschitz zum Thema „Gaskammern und Massenvernichtung“. Der anerkannte Zeitgeschichtler Jagschitz hat in jahrelanger Arbeit versucht, einen wissenschaftlichen Beweis für etwas zu liefern, das in der Wissenschaft ohnehin längst unbestritten war, nämlich die Ermordung von Millionen Menschen in den Konzentrationslagern der Hitler-Barbarei. Jagschitz kam daher auch zu dem nicht überraschenden Ergebnis: kein Zweifel an der Massenvernichtung von Menschen in den Nazi-KZ. Damit, so sollte man meinen, müßte der „Auschwitz-Lüge“ ein für allemal der Garaus gemacht worden sein. Es wäre freilich notwendig, das Jagschitz-Gutachten in ähnlicher Form publik zu machen, wie es das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes dankenswerterweise mit seiner Publikation **„Amoklauf gegen die Wirklichkeit“** gemacht hat, die bereits in einer zweiten, aktualisierten Auflage erschienen ist. In dieser DÖW-Publikation wird der sogenannte „Leuchter-Report“ über die angebliche Funktionsuntüchtigkeit der Gaskammern in Auschwitz detailliert widerlegt.

„Meine Kugel oder dein Gott“

In Stuttgart wurde Mitte Mai der ehemalige SS-Oberscharführer Josef Schwammberger wegen Mord an mindestens 25 Menschen, begangen als Lagerleiter im polnischen Zwangsarbeitslager Rozwadow und im Ghetto A von Przemysl (Distrikt Krakau) in den Jahren 1942 bis 1944, sowie wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 641 Menschen zu lebenslanger Haft verurteilt. Der heute 80jährige Schwammberger stammt aus Österreich und war einer der ersten Österreicher, die der SS beitraten und beim Reichsparteitag der NSDAP mit der „Österreichischen Legion“ vor Hitler vorbeimarschierten. Wes Ungeistes Kind Schwammberger war, geht aus folgender Episode hervor:

Am 20. September 1942 ließ Schwammberger beim Abendappell im Lager Rozwadow vor den ausgemergelten Zwangsarbeitern einen Rabbiner vortreten – es war Yom Kippur, das jüdische Versöhnungsfest – und sagte: „Wir wollen sehen, wer mächtiger ist – meine Kugel oder dein Gott!“ Dann erschoss er den Rabbi kaltblütig und sagte: „Schafft den Dreck weg!“ (Salzburger Nachrichten, 19. Mai 1992.)

Der Prozeßverlauf zeigte, daß Josef Schwammberger nach all den Jahrzehnten offenbar nichts bereut und auch heute noch als „mensenverachtend, niederträchtig und verwerflich“ bezeichnet werden muß, wie ihn das Gericht einschätzte. Während der Urteilsverkündung übten sich jedenfalls rechtsradikale Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude in den Sprüchen jener verbrecherischen Ideologie, die Schwammberger „sadistisch, kaltblütig und grausam“ umgesetzt hat und für die er nun doch noch büßen muß.

(Fortsetzung von Seite 1)

gegen Polen, gegen Frankreich, Jugoslawien, Griechenland und schließlich sogar gegen den „Bündnispartner“ Sowjetunion. (Es sollte nicht vergessen werden, daß Hitler zynisch genug war, mit dem „bolschewistisch-jüdischen Weltfeind“ einen Nichtangriffspakt und danach einen Freundschaftsvertrag abzuschließen.)

Als man schließlich auch in Afrika kämpfte und sich noch gegen die USA gewendet hatte, war man nach den Niederlagen in Rußland und in Nordafrika in die Verteidigung gedrängt. Es ging freilich nicht um die Verteidigung der Heimat, sondern um die Verteidigung des abbröckelnden Machtbereichs des Hitlerismus, der sich in seinem Weltherrschaftsstreben übernommen hatte. Die immer noch lautstark vorgetragene Behauptung, man habe das Abendland vor dem Bolschewismus gerettet, steht der

Tatsache gegenüber, daß dies den westlichen Alliierten zu danken war, die man zuvor in der großdeutschen Propaganda als jüdisch-plutokratisches Gesindel zu deklassieren versucht hatte.

Kriegserinnerung könnte freilich auch sinnvoll sein, nämlich dann, wenn man sich als ehemaliger Kriegsteilnehmer bewußt werden könnte, daß man damals, gleich anderen vom Krieg Betroffenen, vor allem ein armer Hund und möglicherweise ein armes Schwein gewesen ist. Wer glücklich überlebt hat, sollte nicht darüber nachdenken, ob er nicht vielleicht ein Held gewesen sein könnte: Es genügt, Opfer gewesen zu sein, angesichts des Umstandes, daß es viele Millionen Todesopfer gegeben hat. Und wer versucht, aus mißverständlichen Kriegserinnerungen politisches Kleingeld zu münzen, sollte sich seiner Obszönität schämen.

HP

SHB-Schwerpunkt Neonazismus

Die Fachzeitschrift „SHB“ (Sehen – Hören – Bilden) des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst (BMUK) setzt in ihrer Nummer 169 vom Mai 1992 einen Schwerpunkt zum Thema Rechtsextremismus und Neonazismus. Auf mehreren Seiten sind die reichhaltigen Materialien der Medienzentrale des BMUK zum Thema angeführt, hauptsächlich Tonband- und Videokassetten und Filme. Das Heft wird mit Beiträgen von Anton Pelinka und Wolfgang Neugebauer eingeleitet. Bestellungen an die Medienzentrale des BMUK, Plunkergasse 3–5, 1150 Wien, Telefon 0 22 2 / 92 26 16 / DW 64.



Den Rechtsextremismus täglich bekämpfen!

Kundgebungen in Melk, Mauthausen und Ebensee

Auf österreichischem Boden wurden während des Hitlerkrieges mehr als 40 Konzentrationslager errichtet. An manches dieser Lager erinnert heute nicht einmal eine Gedenktafel. Die diesjährige Veranstaltung zur Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen fand daher eine wichtige Ergänzung durch Veranstaltungen in Ebensee und in Melk, wo eine Dauerausstellung eröffnet wurde.

Am 8. Mai 1992 eröffnete Innenminister Dr. Franz Löschnak im ehemaligen Konzentrationslager Melk eine Dauerausstellung, an deren Zustandekommen Fachkräfte der Ministerien für Unterricht und Kunst, Wissenschaft und Forschung, das Innenministerium, die niederösterreichische Landesregierung sowie zwei Großbetriebe maßgeblich gearbeitet haben.

An der Eröffnungsfeier nahmen zahlreiche Gäste aus dem Ausland und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil. Besonders erfreulich war die Mitwirkung der Schuljugend mit fremdsprachlichen Liedern und Sprechvorträgen.

Nach einem Bläserchor des Bundesheeres begrüßte der Melker Bürgermeister Mag. Sommer die Teilnehmer. Namens einer französischen Delegation schilderte ein ehemaliger Deportierter das schwere Los der Gefangenen in diesem KZ-Lager und wandte sich an die Bevölkerung von Melk mit den Worten: „**Vergessen Sie unsere Toten nicht!**“

Aus der Statistik geht hervor, daß es sehr viele waren, die hier ihr junges Leben aushauchten. Insgesamt starben in Melk 4800 Gefangene. Zur Zeit der Lagerliquidation (11. April 1945) betrug der Stand 7478 und der Höchststand am 30. Jänner 1945 genau 10.352 Häftlinge. Zum Vergleich: 1963 zählte Melk 4250 Einwohner.

Die meisten Opfer hatte Polen mit 1575 und Ungarn mit 1432 Menschen zu beklagen.

Die österreichischen Opferverbände würdigten die Aufarbeitung der Zeitgeschichte und entsandten Delegationen. Vom Bund der SPÖ-Freiheitskämpfer nahmen Bundesvorsitzender Leo Mistingger sowie die Vorstandsmitglieder Brännler und Lesjak teil.

Die Gedenkstätte befindet sich in unmittelbarer Nähe der Kaserne und ist Mai/Juni jeden Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag von 10 bis 14 Uhr (Einlaß bis 13 Uhr) geöffnet und kann ansonsten nach telefonischer Voranmeldung bei Frau Blak, Schießstattweg Nr. 8, 3390 Melk, Tel. 0 27 52 / 31 7 25, besucht werden.

Den politischen Rechtsextremismus täglich zu bekämpfen und auf diese Weise den antifaschistischen Grundkon-



Innenminister Dr. Franz Löschnak bei seiner Ansprache am 8. Mai 1992 im ehemaligen Konzentrationslager Melk
(Foto: Peter Rabl, Pöchlarn)

sens der Zweiten Republik zu wahren, rief Innenminister Löschnak anlässlich der Ausstellungseröffnung und Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Melk auf. Dazu sei demokratische Erziehungsarbeit in Familien und Schulen ebenso notwendig wie Vergangenheitsbewältigung und Aufklärungsarbeit.

Diese Aufklärungsarbeit werde umso erfolgreicher sein, je mehr es gelinge, eine Brücke zwischen der Darstellung des menschenverachtenden Regimes des Nationalsozialismus und bestimmter Geisteshaltungen der heutigen Zeit, etwa der Ausländerfeindlichkeit, zu schlagen, betonte Löschnak. Das Gerede von einer bedrohlichen „Umvolkung“ oder von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“ sei nicht besonders hilfreich, richtete der Innenminister Kritik in Richtung FPÖ und wandte sich auch gegen die Übernahme des Ehrenschatzes für Veranstaltungen und Organisationen, die sich im Dunstkreis des Rechtsextremismus betätigen. Löschnak verwies auf die Erfolge in jüngster Zeit bei der Bekämpfung rechtsradikaler Gruppierungen und strich die Bedeutung der geradlinigen österreichischen Asylpolitik als Beitrag zu Österreichs Stabilität heraus.

Der Jahrestag der Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers Melk sei schon seit vielen Jahren ein wichtiger Anlaß, an die Ereignisse zu erinnern, die sich in diesem größten Außenlager des KZ Mauthausen in den Jahren 1944 und 1945 ereignet haben. Der Innenminister gedachte der 14.000 Menschen aus

ganz Europa, die von der SS im KZ Melk zusammengepfercht worden waren. Das KZ Melk war für den nationalsozialistischen Unrechtsstaat als Arbeitskräftereservoir zur Errichtung einer riesigen Stollenanlage in der Nähe Melks gedacht, erinnerte Löschnak.

Die von einem bestimmten Politiker heutzutage in Österreich ins Treffen geführte „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“ habe Schichtbetrieb rund um die Uhr, mangelnde Ernährung und Bekleidung, ständige Mißhandlung und in Folge den raschen Tod vieler Häftlinge bedeutet. Über 4800 Menschen starben pro Jahr im KZ Melk an den Folgen dieser Behandlung. Wegen der geringen Bekanntheit dieser Grauen sei es umso wichtiger, daß diese Schrecken der Vergangenheit nunmehr in einer Dauerausstellung dargestellt werden, mahnte der Innenminister.

Erfolgreich und konsequent gegen Rechtsextremismus

„Wir sind seit längerem mit Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen konfrontiert und haben sie nicht nur in jüngster Zeit, aber in dieser besonders erfolgreich, mit eindeutigen und konsequenten Maßnahmen beantwortet“, hob Löschnak hervor. Der Innenminister wies auf die Verurteilung der führenden Rechtsradikalen Ochsberger, Reibhandl und Honsik nach dem Verbotsgesetz und den wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz in Untersuchungshaft befindlichen Gottfried Küssel hin.

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Auf Grund fremdenfeindlich und rechts-extremistisch motivierter Tathandlungen seien weitere sieben Personen derzeit ebenfalls in U-Haft, andere Personen aus der rechtsradikalen Szene wurden auf freiem Fuß angezeigt.

Jedoch schon davor hätten die Sicherheitsbehörden den rechtsextremen Aktivitäten stets besonderes Augenmerk geschenkt. Der Innenminister nannte 898 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz, 378 Anzeigen wegen Verhetzung, 645 Verwaltungsstrafanzeigen wegen der Verbreitung von Druckwerken mit neonazistischem Inhalt und nach dem Abzeichengesetz, 26 Aufenthaltsverbote gegen ausländische Rechtsextremisten, die Auflösung von 12 einschlägigen Vereinen in den Jahren zwischen 1980 und 1991. **Rund 8000 Exemplare der rechtsradikalen Zeitschrift „Halt“ seien vor wenigen Wochen als erste Konsequenz aus dem Inkrafttreten der Novelle zum Verbotsgesetz aus dem Verkehr gezogen worden.**

Die Sicherheitsexekutive habe die Bekämpfung des Rechtsextremismus und des Neonazismus schon immer zu ihren vordringlichsten Aufgaben gezählt, sei aber bei der Verfolgung derartiger Aktivitäten in der Vergangenheit auf Schwierigkeiten auf Grund des unzureichenden gesetzlichen Instrumentariums gestoßen. „Dieses Defizit sollte mit der Novellierung des Verbotsgesetzes weitgehend beseitigt sein“, stellte Löschnak fest, das Gerichtsurteil gegen Gerd Honzik habe dies eindeutig bewiesen. Auch das von dem Historiker Gerhard Jagtschitz vorgelegte Gutachten werde künftig seine Auswirkungen haben. „Ein Ergebnis einer akribisch durchgeführten Untersuchung, das für mich nicht erst bewiesen werden mußte. Für uns alle sprechen die Berichte jener, die die KZ überlebt haben, eine deutliche Sprache“, erklärte der Innenminister.

Es gehe von der in Österreich relativ kleinen rechtsradikalen Szene zwar keine aktuelle Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat aus, „das entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, den Anfängen zu wehren“, stellte Löschnak klar. Die Ursachen rechtsradikaler Haltungen seien vielfältiger Natur, sie reichen von der – durch rechte Gruppen geschürten – Angst vor Überfremdung bis zur Tatsache, daß Ausländer vor allem in Zeiten sozialer Unsicherheit oder steigender Arbeitslosigkeit Feindbilder darstellen. Der erfolgreiche Kampf gegen Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit, leiste den wichtigsten Beitrag gegen die Entstehung extremistischer Ideologien, argumentierte der Innenminister.

Geradlinige Asylpolitik

Gewalttätige Übergriffe gegen Fremde, Asylwerber und Flüchtlinge konnten in Österreich auch deshalb verhindert werden, weil es gelungen sei, durch eine

vorausschauende Planung im Fremden- und Asylwesen mögliche Konfliktherde und Ursachen für unbegründete Ängste in der Bevölkerung erst gar nicht entstehen zu lassen. Löschnak wies auf das System der Bundesbetreuung, die gleichmäßige Verteilung der Asylwerber auf die Bundesländer, die Ad-hoc-Hilfe für Flüchtlinge aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und die konsequente Haltung gegenüber illegalen Einwande-

ren und kriminellen Schleppern und die verstärkte Grenzkontrolle hin.

Er, Löschnak, sei überzeugt, daß die Gedenkstätte Melk durch die Dauerausstellung noch mehr als bisher ein wichtiger Ort politischer und zeitgeschichtlicher Aufklärung und Mahnung sein werde. Basis dieser Dokumentation seien die Grundsätze „Wehret den Anfängen“ und „Niemand vergessen!“, schloß der Innenminister.

Scholten: Aufklärung gegen „neonazistische Rattenfänger“

„Dieser Staat muß die politische Herausforderung durch die Leugner und Lügner der Nazi-Massenvernichtung annehmen.“ In diesem Sinne sprach sich Unterrichtsminister Dr. Rudolf Scholten in seiner Rede zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen „gegen Vergessen und Verharmlosung“ aus. Man müsse „wach sein für die Ursache und die Folgen des Verdrängten“, forderte Scholten und bezeichnete es als vordringliches Anliegen, „die Enkelgeneration gegen die Geschichtslügner und neonazistischen Rattenfänger durch Aufklärung und durch Einsatz moderner pädagogischer Vermittlungsmethoden zu wappnen“.

Die Tatsache allein, lange nach dem Grauen des Nationalsozialismus geboren zu sein, sei nicht nur Gnade und schon gar nicht Schutz, erläuterte Scholten. „Wir sind – ob wir wollen oder nicht – Erben dieser Schuld.“ Dieses Erbe müsse man antreten, und zwar vor allem durch eine stete Erinnerung, denn es gebe diesbezüglich kein Vergessen. „Das Verdrängte kehrt wieder in unterschiedlichen Gestalten.“ Zudem müsse man auch den Mut finden, „Lüge, Verschweigen und fehlenden Mut konkret aufzuzeigen“, forderte Scholten. Seine Reverenz gelte also vor allem den Überlebenden und den Angehörigen der Opfer, erklärte der Unterrichtsminister.

Gerade wenn einem die Zukunft einer jungen Generation am Herzen liege,

müsse man aufklärend und informierend wirken, damit es begreiflich und verständlich werden könne, wieso es zu Mauthausen kommen konnte. „Gleichzeitig muß dieser Staat die politische Herausforderung durch die Leugner und Lügner der Nazi-Massenvernichtung annehmen“, betonte der Unterrichtsminister und bezeichnete die in dieser Woche erfolgte „Verurteilung eines notorischen Neonazis“ als deutliches Signal in diese Richtung. Mit dem novellierten Verbotsgesetz habe man jetzt ein taugliches Instrument, das Polizei und Justiz eine erfolgreiche rechtliche Handhabe zur wirksamen Verfolgung rechtsradikaler, neonazistischer und menschenverachtender Aktivitäten gebe.

Angesichts einer „Welle von Ausländerfeindlichkeit“ sprach sich Scholten ausdrücklich gegen Politiker aus, „die sich einer Sprache bedienen, die mit der Furcht und der Unkenntnis der Menschen spielt“. Im Gedenken an das, was sich in Mauthausen als Ergebnis einer solchen Sprache zugetragen habe, müsse sich Österreich gegen die Anfänge von Menschenverachtung und Terror wehren. Die „neue Welle rechtsradikaler Propaganda“ werde er mit „Aufklärung, aber auch mit Härte gegen die Unverbesserlichen“ bekämpfen, versicherte der Unterrichtsminister. „Unsere Pflicht ist es, niemals zu vergessen und für die Zukunft zu lernen“, stellte Scholten abschließend fest.

Ederer: Verneigung vor den Opfern des Nationalsozialismus

„Ich bin der festen Überzeugung, daß es für uns nur einen tauglichen Weg gibt, mit der österreichischen Geschichte umzugehen. Das ist der Weg der scharfen Analyse, der kollektiven Reue und des aktiven Kampfes dafür, daß sich die Greuel des NS-Regimes nie mehr wiederholen.“ Dies betonte Europastaatssekretärin Mag. Brigitte Ederer anlässlich der Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Ebensee. Die wichtigste Voraussetzung für diese Haltung sei das permanente Erinnern an diese grausame Zeit, die Gedenkfeier sei deshalb von besonderer Bedeutung. Die Aufgabe des Antifaschismus beschränke sich jedoch nicht nur auf den Umgang mit der Vergangenheit. Die antifaschistische Herausforderung der Politik bestehe nicht nur im Kampf gegen den Neonazismus,

sondern vor allem in der ständigen Bekämpfung der sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für mögliche rechtsradikale Entwicklungen, unterstrich Ederer und übte scharfe Kritik an Verharmlosungen der Schrecken der NS-Zeit nach Art der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“.

47 Jahre nach der Befreiung des KZ Ebensee durch alliierte Truppen gebe es viele Arten des Umgehens mit dieser, unserer Geschichte, erklärte die Europastaatssekretärin. Viele, zu viele Österreicher wählten den Weg der Leugnung, Verharmlosung und Flucht vor der Wirklichkeit. „Andere versuchen es mit Verharmlosung, historischer Einebnung und Relativierung oder gegenseitiger Aufrechnung“, vor allem aber habe man ja

(Fortsetzung Seite 5)



(Fortsetzung von Seite 4)

„nichts gewußt“, man sei ja „unpolitisch gewesen“ oder habe „nur seine Pflicht erfüllt“ wie Tausende andere auch, erörterte Ederer.

Der einzig richtige Weg aber sei der Weg der scharfen Analyse, der kollektiven Reue und des Kampfes dafür, daß die Greuel der Nazizeit nie wieder geschehen. Aktuelle Anlässe der jüngsten Zeit – die Europastaatssekretärin wies auf Publikationen, die die Verbrechen der NS-Zeit leugnen, und Gewaltaktionen gegen Ausländer hin – hätten die besondere Notwendigkeit des ständigen Gedenkens an die NS-Opfer unterstrichen. Um die Hemmschwelle der Kenntnis der Nazi-Greuel abzubauen, sei es strategisches Ziel rechtsradikaler Gruppen, die Schrecken der NS-Zeit zu verharmlosen.

Das pseudowissenschaftliche Bestreiten der Massenvernichtung in den Gaskammern und auch das Lob für die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches bezeichnete Ederer als „nicht nur klare Geschichtsfälschungen und Verhöhnung der Opfer, sondern auch als eine politische Gefahr. Denn sie sollen nicht zuletzt dazu dienen, den Rechtsradikalismus in Österreich salonfähig zu machen“.

Antifaschistische Vorbildfunktion der Politiker

Die Novellierung des Verbotsgesetzes habe die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Exekutive und Justiz nun ein besser handhabbares Instrument für das Vorgehen gegen Neonazi-Aktivitäten zur Verfügung haben. Ederer appellierte an die Exekutive und die Justiz, die Möglichkeit zur Bekämpfung des Neonazismus voll auszuschöpfen. „Ich möchte aber auch einen Appell an meine Politikerkollegen und -kolleginnen richten. Ich glaube, daß Politiker gerade im Bereich des Antifaschismus eine Vorbildfunktion haben sollten“, betonte die Europastaatssekretärin. Dabei würden verbale Bekenntnisse nicht genügen. Die klare Distanzierung von allen Formen der Verharmlosung des Nationalsozialismus müsse auch einschließen, „daß man sich im Politikalltag sehr genau überlegt, wo man den Ehrenschutz übernimmt oder ob bestimmte Straßennamen oder Gedenktafeln in einer Stadt tragbar sind“.

Antifaschismus sei eine Aufgabe, die nicht nur mit dem Umgang mit der Vergangenheit zu tun haben. Das eigentliche Ziel müsse vielmehr darin bestehen, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und den Anfängen zu wehren, stellte Ederer klar. Faschistische Bewegungen hatten im Lauf der Geschichte immer konkrete wirtschaftliche und soziale Ursachen. Deshalb seien eine krisensichere Wirtschaft, eine gerechte Verteilungspolitik, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und eine lebendige Demokratie längerfristig die wirksamsten Mit-

Wiener SP-Bildung begrüßt Urteil im Honsik-Prozeß

Der Wiener Bildungsausschuß der SPÖ begrüßte bei seiner Sitzung am 8. Mai 1992 das Urteil im Honsik-Prozeß, das beweise, daß österreichische Gerichte die Aktivitäten von Neonazis und die Leugnung von NS-Verbrechen nicht auf die leichte Schulter nehmen. Zum Urteil beigetragen habe auch das Rechtsgutachten des Universitätsprofessors Jagschitz, der eine klare Grundlage für die Beurteilung von Verbrechen in den Konzentrationslagern zusätzlich zu den schon lange bekannten historischen Tatsachen geliefert habe, betonte der Wiener Landesbildungsvorsitzende Ing. Ernst Nedwed gegenüber dem Pressedienst der SPÖ.

Damit werde auch die Aktivität neonazistischer Gruppen, die im Zusammenhang mit dem Ansteigen des Rechtsextremismus in Deutschland auch in Österreich Auftrieb erhalten haben, sicherlich eingedämmt, da viele solcher Aktivisten damit rechnen müssen, daß nazistische Wiederbetätigung, ganz gleich in welcher Form, ihre gerechte Strafe findet. Wichtig wäre auch, daß jenen Hetzschriften, die vor allem den NS-Ungeist unter der Jugend verbreiten und aus dem Dunstkreis der Honsikgruppe kommen, so bald wie möglich ihr Aktionsradius unter der Jugend genommen wird. In diesem Zusammenhang sei es zu begrüßen, daß das Unterrichtsministerium in einer Reihe von Aufklärungsaktionen in den Schulen Gegenstrategien verstärkt hat, erklärte Nedwed.

„Gerade in dieser Zeit der Sensibilität gegenüber nazistischer und rassistischer

Wiederbetätigung ist es demokratischen Österreichern unverständlich, daß in der Steiermark ein Treffen der Waffen-SS im Rahmen der sogenannten ‚Kameradschaft IV‘ vorbereitet wird und dafür die Duldung und Unterstützung von hochrangigen Landespolitikern findet“, kritisierte der Wiener Landesbildungsvorsitzende. Es ist zu hoffen, daß die Landeshauptmänner so bald wie möglich die Zusage ihrer Sekretariate zur Übernahme eines Ehrenschutzes endgültig und ohne Bedingungen zurückziehen. Dabei sei die klare Haltung, die Bundeskanzler Vranitzky in dieser Frage eingenommen hat, von großer Bedeutung und besonders zu begrüßen.

Landtagspräsident Wegart, der als Obmann des ÖVP-Seniorenbundes ein Spitzenfunktionär der ÖVP ist, sollte sich überlegen, wie sehr er durch seine Zusage, die „Kameradschaft IV“ im Landhaus zu empfangen, dem Ansehen Österreichs schadet. Die Waffen-SS wurde vom Nürnberger Gerichtshof als verbrecherische NS-Organisation beurteilt, und die sogenannte „Kameradschaft IV“ ist durch das Handbuch „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“ als eine mit der NS-Ideologie verbundene Organisation entlarvt worden. Der Landesbildungsausschuß begrüßt die Untersuchung des Innenministeriums gegen die „Kameradschaft IV“, möchte aber darauf hinweisen, daß eine Abgrenzung aller Demokraten von dem jetzt schon berüchtigten Verband unabhängig davon erfolgen sollte, erklärte Nedwed abschließend.

Freiheitskämpfer NÖ: SS-Verbrechen nicht verharmlosen!

Scharfen Protest gegen das Verharmlosen der SS-Untaten zur Zeit des Zweiten Weltkriegs im Zusammenhang mit der Diskussion rund um die „Kamerad-

tel, aufkeimenden neonazistischen und rechtsradikalen Tendenzen den Boden zu entziehen. „Notwendig für den Kampf gegen rechtsradikale Entwicklungen und für eine friedlichere Welt sind auch Freundschaften über nationale, religiöse und kulturelle Grenzen hinweg“, strich die Europastaatssekretärin heraus.

„Ich möchte mich nochmals vor den Opfern und den Überlebenden des KZ Ebensee verneigen. Ihr Leiden und ihr Kampf dürfen nie vergessen werden. Das Gedenken an die Opfer ist für uns Mahnung und zugleich Ansporn, nie wieder zuzulassen, daß Menschenverachtung und Menschenvernichtung Inhalt von Politik werden können. Gedenken heißt aber auch zu danken. Zu danken für den Beitrag, den die Opfer des Nationalsozialismus und der antifaschistische Widerstand für die Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie Österreichs geleistet haben“, schloß Ederer.

schaft IV“ der Waffen-SS brachte der Landesverband Niederösterreich der Sozialistischen Freiheitskämpfer am 12. Mai 1992 gegenüber dem Pressedienst der SPÖ zum Ausdruck. Die SS als Parteiformation der NSDAP habe, selbst unter dem harmlosen Namen „Kameradschaft IV“, im Kameradschaftsbund von heute nichts zu suchen.

Die Angehörigen der deutschen Wehrmacht hatten zur SS eine schizophrene Beziehung. Besonders gegen Kriegsende hoben viele Soldaten ihre österreichische Herkunft hervor und zogen zwischen sich und den kriegsfreiwilligen SS-Leuten einen Trennungsstrich. Es war ein Fehler des Österreichischen Kameradschaftsbundes, die SS als „4. Waffengattung“ in ihre Reihen aufzunehmen. Manche ehemaligen SS-Männer denken zwar heute anders als früher. Dennoch beunruhigt das Verharmlosen der SS-Untaten im Hitlerkrieg nach wie vor die Öffentlichkeit. Denn Tatsachen bleiben Tatsachen, betonten die Sozialistischen Freiheitskämpfer Niederösterreichs.

(Fortsetzung auf Seite 6)



Scholten: Offensiv gegen Rechtsradikalismus auftreten

Es müsse ein breites gesellschaftliches Bewußtsein gegen Rechtsradikalismus und Neonazismus entwickelt werden, forderte Unterrichtsminister Dr. Rudolf Scholten am 7. Mai 1992 bei einem Diskussionsabend der SPÖ-Zukunftswerkstätte zum Thema „Auswirkungen von Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt auf die Schule“. Die Frage der Übernahme des Ehrenschutzes durch Politiker für Organisationen wie die Kameradschaft IV, die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als rechtsextrem eingestuft wurde, dürfe sich gar nicht erst stellen, sagte der Minister.

Scholten kritisierte den fahrlässigen Umgang mit der Sprache von manchen Politikern und Medien, die damit Intoleranz schürten. Wer z. B. das Wort „Sozialschmarotzer“ verwende, beginne damit eine Gedankenkette, an deren Ende „Parasit“ und „ausmerzen“ stünden. Es

habe jedoch wenig Sinn, wenn die Entzündung über den alltäglichen latenten oder auch manifesten Rechtsradikalismus im Kreis Gleichgesinnter, die sich ohnehin einig wären, stattfände. Es müsse gelingen, eine Brücke zur großen Zahl der Teilnahmslosen zu schlagen, damit sich ein breites aktives Bewußtsein gegen rechtsextreme und ausländerfeindliche Tendenzen bilden könne. Wer zum Beispiel der Verharmlosung von Nazigreueln teilnahmslos gegenüberstehe, begünstige sie letztlich. In der Schule müßten Haltungen entwickelt werden, wie die Auseinandersetzung mit rechten Strömungen zu führen sei.

Abschließend wünschte sich Scholten, daß es Reaktionen wie „Jetzt hört doch auf, darüber zu reden“ in Zukunft nicht mehr geben werde. Es dürfe nicht über Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Neonazismus geschwiegen werden.

Österreichische Sozialisten helfen ČS-Sozialdemokraten

Nach mehr als fünf Jahrzehnten ist die tschechische Sozialdemokratie wieder zu neuem Leben erweckt worden. Mit der österreichischen Arbeiterbewegung verbindet sie nicht nur der gemeinsame Ursprung, sondern auch eine Welle der Solidarität aus den historischen Februartagen des Jahres 1934. Damals waren es Hunderte Brüner Sozialdemokraten, die geflüchteten Wiener Schutzbündlern und vielen österreichischen Familien aus der Not halfen.

Wenn diese Hilfe nicht gewesen wäre, wäre vieles noch schlimmer geworden. Besonders in Brünn fanden österreichische Genossen offene Türen. Hier erhielten zahlreiche Spitzenpolitiker, unter ihnen auch Otto Bauer, Asyl. Vom Hause der Konsumgenossenschaft leitete er das Auslandsbüro der Partei. Die winzige illegale „Arbeiterzeitung“, auf Zigarettenpapier gedruckt und nach Österreich geschmuggelt, ist noch manchem Parteipionier in Erinnerung.

(Fortsetzung von Seite 5)

Die SS

- war eine mächtige Sonderformation der NSDAP;
- war ein „Staat im Staate“;
- war mit der Geheimen Staatspolizei GESTAPO durch deren gemeinsamen Chef und Reichsführer-SS H. Himmler verbunden;
- war Hauptträger des politischen Terrors;
- schuf den berüchtigten Sicherheitsdienst „SD“ und überwachte somit alle Lebensbereiche der Bürger;
- verwaltete alle Konzentrationslager, organisierte Massenexekutionen und die Ausrottung der Juden;
- vertrat eine extreme Rassenideologie und hatte riesige Vertreibungs- und Umsiedlungspläne;
- wurde 1946 wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt.

Aus diesen Gründen sei für die SS kein Platz im Kameradschaftsbund, betonten die sozialistischen Freiheitskämpfer Niederösterreichs abschließend.

Nachbarschaftshilfe auf Gegenseitigkeit!

Heute stellt die österreichische Sozialdemokratie eine nicht wegzudenkende Kraft dar. Die junge ČS-Sozialdemokratie hingegen hat mit vielen Problemen zu kämpfen. Unser Bund, dem etliche ehemalige Schutzbündler, Emigranten und Sympathisanten angehören, will helfen: Denn diese Nachbarn sind uns wirklich nahe.

Deshalb rufen wir unsere Mitglieder auf:

Bitte leistet einen Beitrag zur Starthilfe der ČS-Sozialdemokraten!

Einzahlungen für die „Nachbarschaftshilfe“ an den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Wien 1, Löwelstraße Nr. 18.

Besten Dank im voraus!

Der Bundesvorstand

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Leo Lesjak, Christian Neumaier, Otto Redl, Fritz Robak, Franz Rosenberger.

Neue politische Bücher

Jura Soyfer, der im Februar 1939, erst 27jährig, im Konzentrationslager Buchenwald starb, wäre heuer 80 Jahre alt geworden. Im Wiener **Verlag für Gesellschaftskritik** sind zwei unterschiedliche Bücher über diesen Dichter und Dramatiker erschienen. Die 1988 unter dem Vorsitz von Herbert Steiner gegründete Jura-Soyfer-Gesellschaft hat in Zusammenarbeit mit der Theodor-Kramer-Gesellschaft unter dem Titel



Zeichnung von Willi Bil Spira:
Jura Soyfer 1937

„Die Welt des Jura Soyfer“ eine Sammlung der Referate herausgegeben, die im Dezember 1989 beim 1. Internationalen Soyfer-Symposium in Wien gehalten wurden. Ergänzt wird diese Sammlung durch neu entdeckte Soyfer-Texte und eine Bibliographie. Horst Jarka, der sich um das Werk Jura Soyfers unvergängliche Verdienste erworben hat, ist der Herausgeber des Buches „Sturmzeit“ mit Briefen Juras vor allem an Marika Szeci sowie aus dem Gefängnis und aus dem KZ. Auch ein Brief an Otto Bauer aus dem Jahr 1935 findet sich in der Sammlung, die durch ein überaus nützliches Glossar ergänzt wird.

*

Mit der psychoanalytischen Methode des „szenischen Verstehens“ versuchen die Kärntner Autoren Harald Goldmann, Hannes Krall und Klaus Ottomeyer – letzterer in Frankfurt am Main geborener ordentlicher Universitätsprofessor für Sozialpsychologie an der Universität



Klagenfurt – dem „Phänomen“ Jörg Haider beizukommen. Zu ihren Thesen gehört die Annahme, daß auch viele Gegner mit Haider „unterirdisch identifiziert“ sind, was den Widerstand so „lahm“ mache. An dieser These ist zweifellos etwas dran. Es wäre zu hoffen, daß diese Sehweise dazu beiträgt, „ein Ende des doppelten Erfolgsspiels von Haider“ herbeizuführen. Insofern sind der vorliegenden „sozialpsychologischen Untersuchung“ viele kritische Leser zu wünschen.

H. Goldmann, H. Krall, K. Ottomeyer: „Jörg Haider und sein Publikum“, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec 1992, 201 Seiten.

*

Launer, Wilhelm: Überleben für die Zukunft. Wien, Salzburg: Geyer 1991, 174 S, öS 168,- (Materialien zur Zeitgeschichte. Erinnerungen aus Verfolgung und Widerstand 1938–1945. Lektorat: Robert Pfaller, Bd. 8).

In der von Erika Weinzierl, Rudolf G. Ardelt und Karl Stuhlpfarrer herausgegebenen Reihe „Materialien zur Zeitgeschichte“ liegen nun als achter Band die Erinnerungen des sozialistischen Widerstandskämpfers und Emigranten Wilhelm Launer vor. Der Autor, geformt in der Sozialistischen Jugend, wird 1936 zum österreichischen Bundesheer eingezogen, und anläßlich eines geschlossenen Abmarsches zu einem katholischen Gottesdienst bei der Predigt des Priesters mit einem „Lehrbeispiel für Antisemitismus“ konfrontiert. Nach einer abenteuerlichen Flucht im Jahre 1938, mit einem Zwischenspiel in einem NS-Gefängnis, gelangt er zunächst nach Belgien. Sein Leidensweg führt ihn über Südfrankreich mit Internierungen in mehreren Lagern, etwa St. Cyprien, Gurs oder Les Milles, ehe er von belgischen Widerstandskämpfern auf Schleichwegen wieder nach Brüssel zurückgeholt wird. Dort heiratet er die österreichische Emigrantin Gerti Rosenberg. Ihre Eltern, aus einem Gemeindebau im 9. Wiener Bezirk gekündigt, fanden in einem Massenquartier für Juden in der Tandelmarktgasse 5a eine letzte notdürftige Unterkunft. Der Vater begeht am 9. Mai 1942 Selbstmord, die Mutter wird am 15. Mai 1942 nach Izbica deportiert. Die Schilderung der immer bedrohender werdenden Lebensumstände von Gerti und Wilhelm Launer und ihrer Tochter, die von belgischen Antifaschisten gerettet wird, macht betroffen. Für belgische Partisanen repariert der Autor Waffen und reiht sich so in den Kampf gegen die nationalsozialistischen Besetzer ein. Nach der Befreiung wird Wilhelm Launer in den Vorstand des wiedererstandenen Matteotti-Komitees gewählt und schrieb Beiträge für die Zeitung der Gruppe österreichischer Sozialisten in Belgien. Auseinandersetzungen mit dem NS-Terror nahmen auch im wei-

teren Leben des Autors einen besonderen Stellenwert ein. In Belgien setzte er sich mit seinen Gesinnungsgenossen mit den Vorwürfen gegen einen Freund und ehemaligen Kapo in einem Lager auseinander. Sie wiesen die Anklage mit der Begründung zurück: „Der Kapo mußte seine Leute einfach oft mit Gewalt aus der Baracke herausbringen, auch wenn sie durch Fieber geschwächt waren oder gar keine Arbeit mehr verrichten konnten. Denn wer zurückgelassen und von den Aufsichtspersonen im Bett gefunden wurde, war dem Tod geweiht.“ Aus Uruguay, wo die Familie Launer von 1947 bis 1983 lebte, protestierte der Verfasser gegen Freisprüche von NS-Tätern und Rechtsextremisten in Österreich. Heute leben sie in Wien und Wilhelm Launer setzt seine antifaschistische Arbeit im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer fort. Als Beitrag zur Aufklärung über die „Zeit ohne Gnade“ ist auch seine interessante Autobiographie anzusehen. E.H

Gedenken an Margarete Hilferding



Die am 20. Juni 1871 geborene Dr. Margarete Hilferding, Ärztin und sozialdemokratische Bezirksrätin in Favoriten, wurde am 28. Juni 1942 von Wien nach Theresienstadt deportiert. Einige Zeit später, am 23. September 1942, war Genossin Hilferding unter 1980 Leidensgefährten, die von Theresienstadt nach Treblinka verschleppt und dort ermordet wurden. 1899 veröffentlichte sie einen Lyrikband „Rot und andere Gedichte“.

Niederösterreich

Franz Wachter, ein Magazinarbeiter im Heeresverpflegsmagazin Groß-Schwechat, wurde im Juni 1942 von der Gestapo nur deshalb festgenommen und in ein KZ geschickt, weil er einem Funktionär der Deutschen Arbeiterfront sagte: „Was habt Ihr für uns Arbeiter in den letzten drei Jahren schon gemacht? Ich war Sozialdemokrat und bleibe einer!“

Über dieses und viele andere Opfer des Faschismus sprachen anläßlich eines Besuches der Gedenkstätten in Schwechat, Lanzendorf und Himberg Dr. Franz Danimann, Walter Faderny, Alfred Ströer und Leo Lesjak.

Die Gedenkredner warnten vor einem Wiederaufkommen des Nationalsozialismus. „In einem Europa von morgen haben Gespenster von gestern keinen Platz! Als Zeugen der Zeit erheben wir unsere Stimme stellvertretend für die Millionen Opfer und mahnen. Menschen seid wachsam!“

Stadtparteiobmann Schmiedberger und Bezirksgruppenobmann Ing. Wicher begleiteten die Besuchergruppe. Auch Bürgermeister Mag. Gogola und Nationalratsabgeordneter Richard Gebert widmeten sich den Gästen, die aus allen Teilen Niederösterreichs angereist kamen.

Niederösterreich

Einen schmerzlichen Verlust hat die Bezirksgruppe Gmünd (NO) durch das Ableben eines ihrer Mitglieder erlitten. Am 13. April d. J. verstarb nach längerem Leiden unser Genosse **Johann Quast** aus Gmünd-Neustadt.

Beim Begräbnis, das am Stadtfriedhof stattfand, schilderte Landtagsabgeordneter a. D. Josef Leichtfried das Leben des Verstorbenen.

Aus einer Arbeiterfamilie stammend, kam Quast sehr früh zu den Sozialdemokraten und wurde Funktionär in zahlreichen Partei- und Kulturorganisationen. Wegen Widerstands gegen die Heimwehr im Februar 1934 mußte er mehrere Wochen in den Kerker.

In der Nachkriegszeit wirkte er wieder in vielen Organisationen an führender Stelle, so zum Beispiel bei den Arbeitersängern, in der Gewerkschaftsbewegung und schließlich beim Pensionistenverband als Bezirksobmann.

Er war Träger der Befreiungsmedaille der Republik Österreich und der Viktor-Adler-Plakette.

Namens der Sozialistischen Freiheitskämpfer nahm Bezirksgruppenobmann Otto Redl mit einem Strauß roter Nelken Abschied von seinem Kampfgefährten.

Oberösterreich

Gedenkstein. Dort, wo einst vor knapp 50 Jahren Frauen verschiedener Nationen zur Zwangsarbeit interniert waren, kündigt seit 1. April 1992 ein schöner Ge-

(Fortsetzung auf Seite 8)

DVR:0029106(847) 0908677 919
HERRN

SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

(Fortsetzung von Seite 7)

denkstein über die unmenschlichen Leiden der Konzentrationslagerhäftlinge. Die Gemeinde Lenzing (Oberösterreich) hat in der Agerstraße ein Mahnmal zur Erinnerung an das ehemalige Mauthausener KZ-Nebenlager Pettighofen errichtet.

Der Gedenkstein wurde vom Bürgermeister Genossen Roland Stiebler enthüllt und vom Lenzinger Pfarrer eingeweiht. Ein Zeitzeuge berichtete über die damaligen schrecklichen Zustände im Lager.



Im Konzentrationslager Pettighofen mußten 565 Frauen unter den schwierigsten Umständen in der Lenzinger Zellwolle AG arbeiten, wo viele dabei den Tod fanden.

Gen. Franz Rosenberger mit Gattin sowie einige Genossen aus Vöcklabruck nahmen an der feierlichen Enthüllung teil. Umrahmt war diese Feier durch den Lenzinger Chor MIRA, welcher auch das Dachaulied sang.

An der Feierlichkeit nahmen zirka 200 Personen teil.

Der Gedenkstein ist durch Hinweisschilder leicht zu finden, er liegt unmittelbar am Fluß Ager bei Pettighofen.

Schwierigkeiten gibt es jedoch mit dem Bezirkshauptmann Dr. Helmut Landl, welcher von einer Aufstellung von Hinweistafeln zur Gedenkstätte Red-Zipf nichts hören will.

*

Die Gen. Hannes Proschko und Franz Rosenberger haben das Silberne Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich verliehen bekommen. Wir gratulieren den beiden Genossen zu dieser verdienten Auszeichnung.

Oberösterreich

Landesvorsitzender-Stellvertreter Hannes Proschko übermittelte Frau Eleonore Wolkerstorfer (Steyr) folgendes Schreiben:

„Als Vorsitzender-Stellvertreter des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und als Freund des verstorbenen Genossen Karl Egon Müller, Volksschuldirektor i. R., darf ich Ihnen in meinem Namen und namens des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer das tiefe Mitgefühl zum Ableben Ihres Vaters ausdrücken. Ich habe in ihm einen guten Freund, dessen Ratschläge ich gerne entgegennahm und den ich sehr vermisse, verloren. Er war auch viele Jahrzehnte Bezirksvorsitzender des Bezirkes Steyr des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und hat in dieser Funktion für die Betreuung der Opfer des Faschismus Hervorragendes geleistet. Er war uns immer Vorbild und Kamerad. Seinem Wunsch gemäß konnten wir ihm an seinem letzten Gang nicht die gebührende Ehre erweisen.“

Wir werden unseren Karl Egon in guter Erinnerung behalten und uns von ihm bei der nächsten Landesvorstandssitzung in stillem Gedenken verabschieden.“

Burgenland

Gedenksteinenthüllung. Eine Gedenktafel zu Ehren der Steinbrunner Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus wurde am 1. Mai 1992 im Gemeindepark feierlich enthüllt. Der Feier wohnte eine große Zahl Gemeindebewohner bei, junge und alte. Sie wurde mit einem Musikstück eingeleitet.

Altbürgermeister NR a. D. Fritz Robak hielt die Festrede. Er konnte dabei darauf hinweisen, daß Steinbrunn stolz sein kann wie kaum eine andere Gemeinde dieser Größe, in der eine so große Zahl von Bürgern gegen das faschistische Terrorregime Widerstand geleistet hat und dabei auch gerichtlich belangt wurde. Es waren 28 Personen, darunter acht, die ihr Leben lassen mußten. Der 17jährige Josef Laszakovits wurde in der Untersuchungshaft im LG 1 in Wien zu Tode geprügelt.

Mit dieser Tafel soll ihrer gedacht werden und sie soll auch der Dank sein für ihr Opfer. Die Tafel soll aber auch der zukünftigen Generation bewußt machen, wie grausam der Faschismus, der schwarze und der braune, war, unter dem jeder Freiheitsgedanke erbarungslos mit Ermordung, Kerker, KZ oder anderen Repressalien verfolgt wurde. Schon im Jahre 1934 wurde die der sozialdemokratischen Partei gehörende Bildungshalle dem Erdboden gleichgemacht.

Nach der Rede nahm Bürgermeister Franz Laszakovits die Enthüllung vor.

Ein Bub und ein Mädels der Kinderfreunde haben das Gedicht „Zu meiner Zeit“ von J. L. Stern vorgetragen. Zwei Burschen und zwei Mädchen der SJ legten zwei Kränze am Gedenkstein nieder.

Die Kosten von S 60.000,- wurden von der Gemeinde, die auch den Platz im Park zur Verfügung stellte, der SPÖ-Organisation, der SJ, den Kinderfreunden, der Pensionistenortsgruppe, dem ARBÖ und dem Sportverein sowie vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer aufgebracht.

Simmering

Die Junge Generation in der SPÖ Simmering übermittelte uns folgenden Bericht:

Leider ist auch Simmering vom aufkeimenden Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus nicht verschont geblieben. So fanden wir in letzter Zeit immer öfter Propagandamaterial mit ausländerfeindlichen, antisemitischen, rechtsextremen und teilweise neofaschistischen Inhalten in unseren Briefkästen.

Dies haben wir zum Anlaß genommen, in unserer Zeitung „Die Lupe“ über die Gefahren dieser Entwicklung zu berichten. Darüber hinaus produzierten wir einige hundert Stück „Gegen Nazis“-Buttons, die wir in Simmering verteilten. Bisher konnten wir über 200 Stück dieser Buttons an den Mann bzw. die Frau bringen. Die eingehenden Spenden beweisen uns deutlich, daß diese Aktion von den Menschen gutgeheißen wird.

Eine weitere erfreuliche Tatsache: Die Idee zu diesem Motiv – ein in Flammen aufgehendes Hakenkreuz – hatte der nur 18 Jahre junge Lehrling Andi Lepsi, der auch für die Photographie verantwortlich zeichnet.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 7/8 ist der 31. Juli 1992.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.
Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.